

Interesse der Rechtspflege geboten ist, das Gerichtsammt in Johannegeorgenstadt als Amtsgericht zu belassen. Ich kann mich der Stellung eines anderen Antrages, als desjenigen, der uns von der Deputation gestellt ist, um deswillen enthalten, weil die Deputation nach Inhalt des Berichtes über den Gesetzentwurf, Bestimmungen zu Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes betreffend, wegen zeitweisen Fortbestehenlassens der jetzt noch bestehenden Gerichtsammt als Amtsgerichte einen Antrag gestellt hat, der für den Fall der Annahme für jetzt wenigstens auch die Interessen von Johannegeorgenstadt befriedigen wird.

Abg. Günther: Die Gründe, welche für die Beibehaltung der kleinen Gerichtsammt, die mit der Aufhebung bedroht sind, sprechen, sind Ihnen schon so oft in neuerer Zeit hier entwickelt worden, daß ich Sie mit einer Wiederholung nicht belästigen will. Ich erlaube mir nur, zu bemerken, daß auch die Stadt und Umgegend von Strehla an der Beibehaltung ihres Gerichtsammt das allerwesentlichste Interesse hat und daß mit der Aufhebung dieses Gerichtsammt Uebelstände mancherlei Art verbunden sein würden.

Präsident Haberkorn: Sofern Niemand weiter das Wort begehrt, schließe ich die Debatte. Ich frage die Kammer:

„ob sie die Petitionen a) des Stadtgemeinderaths zu Johannegeorgenstadt und

b) der Gemeindevorstände im Gerichtsammtbezirke Strehla der königl. Staatsregierung zur Kenntnißnahme überweisen will?“

Einstimmig: Ja.

Somit wären die Gegenstände der heutigen Tagesordnung erledigt. — Nach Schluß der öffentlichen Sitzung bitte ich die Herren Collegen, noch zu einer vertraulichen Sitzung beisammen zu bleiben. — Die nächste Sitzung findet Mittwoch, den 30. Januar, Vormittags 10 Uhr statt und kommt auf die Tagesordnung:

1. Schlußberathung über den Bericht Nr. 105 der Finanzdeputation (Abth. B) über Pos. 7 des außerordentlichen Budgets, die Erbauung eines Staatsgymnasiums zu Leipzig betreffend;
2. dergleichen über den mündlichen Bericht Nr. 112 der Finanzdeputation (Abth. A) über Pos. 1 (allgemeine Staatsbedürfnisse) des außerordentlichen Ausgabebudgets;
3. dergleichen über den mündlichen Bericht Nr. 117 der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die Beschwerde, bez. Petition des Deconomen Johann Gottfried Pannier in Langenhessen um Rechtshülfe gegen die infolge einer wider seinen Vorbesitzer eingeleiteten Executionsklage erlittene Subhastation seines Grundstücks.

Die öffentliche Sitzung ist beendet. Ich bitte die Zuhörer, die Tribünen zu räumen.

(Schluß der Sitzung 12 Uhr 35 Min.)

Redacteur: Commissionsrath Reinhold. — Druck von B. G. Teubner in Dresden.

Letzte Absendung zur Post: am 30. Januar 1878.